

Engagementpolitik mit der Zivilgesellschaft

Einführung

**von Prof Dr. Thomas Olk,
Vorsitzender des BBE- Sprecherrats**

anlässlich

**des Nationales Forums für
Engagement und Partizipation**

am 27. April 2009

Lieber Michael Bürsch, sehr geehrter Herr Staatssekretär Hoofe, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, meine Aufgabe ist es jetzt nicht, eine weitere Begrüßung zu machen, sondern inhaltlich auf das Forum hinzuarbeiten und noch mal den Rahmen deutlich zu machen und in Erinnerung zu rufen.

Wir haben in den letzten 15 Jahren einen erheblichen Bedeutungsgewinn von Engagementpolitik als einem eigenständigen Politikfeld erlebt; dies ist keineswegs selbstverständlich. Vor 15 Jahren hätte niemand geglaubt, dass es so etwas wie Engagementpolitik als Politikfeld geben könnte. Tatsächlich sind wir nun aber Zeugen einer Entwicklung, an deren Ende das Entstehen eines eigenständigen Politikfeldes „Engagementpolitik“ zu stehen scheint. Mit einer solchen Entwicklung sind immer auch bestimmte Folgewirkungen verbunden, die man als Normalisierung, als Einschränkung, als Veralltäglichsung bezeichnen könnte. Dies bringt manche Enttäuschung mit sich. Groß angelegte Gesellschaftsentwürfe werden kleingeschnitten auf das „politisch Machbare“, Ressortzuständigkeiten werden durchgesetzt, Akteursgruppen mit Eigeninteressen entstehen. Nicht alles wird so weiter entwickelt, wie es in der durch Offenheit und Experimente, aber auch durch Bewegungen von Unten gekennzeichneten Anfangsphase angedacht worden ist.

Dennoch halte ich es für sehr wichtig anzuerkennen, und das hat Michael Bürsch auch hervorgehoben, dass Engagementpolitik mehr ist, als die Förderung des Engagements von Einzelpersonen. Hierbei handelt es sich um eine der zentralen Botschaften des Berichtes der Enquete-Kommission. In dem Bericht der Enquete-Kommission wurde unmissverständlich klar gemacht, dass wer Engagementpolitik möchte, einen weit reichenden Umbau der Institutionen in Staat und Gesellschaft befürwortet. Darüber muss allerdings eine gesellschaftliche Auseinandersetzung geführt werden. Es steht keineswegs fest, dass alle Akteure, die das Ehrenamt fördern wollen, auch wirklich für einen solchen Umbau der Gesellschaft eintreten. Wir brauchen also eine Verständigung über die Ziele von Engagementpolitik. Welche Erwartungen hat die Zivilgesellschaft an den Staat, wenn der sich aufmacht, eine solche engagementpolitische Agenda zu formulieren. Dass hierin eine Menge Sprengstoff liegt, muss ich wahrscheinlich nicht betonen.

Bürgerschaftliches Engagement entsteht zunächst einmal ohne Staat und jenseits des Staates, manchmal auch in kritischer Attitüde zum Staat, und dies ist das Selbstverständnis der Zivilgesellschaft. Menschen, die sich engagieren, tun dies ja zunächst, ohne dass der Staat sie auffordert. Wenn der Staat nun fördert - wir begrüßen das sehr - ist das sehr positiv zu sehen. Aber es kann natürlich auch großen Schaden hervorrufen, wenn diese Förderung

nicht engagementfreundlich ausgestaltet ist, wenn sie die zivilgesellschaftliche Logik nicht aufgreift und unterstützt.

Engagementpolitik ist also mehr als die Förderung des Ehrenamtes, sie ist eine Strategie zur Demokratisierung von Gesellschaft, zur Stärkung der aktiven Rolle der Bürgerinnen und Bürger als Gestalter des Gemeinwesens. Darüber hinaus geht es darum, eine neue Verantwortungsgemeinschaft zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft zu schmieden, und dies auf allen Ebenen der Gesellschaft; also auf der Ebene der Gesellschaft insgesamt (Makro- Ebene), der Ebene der gesellschaftlichen Organisationen (Meso- Ebene) aber auch der Ebene der Lebenswelten einzelner Individuen, ihrer Motive und Interessen zum Engagement (Mikro- Ebene). Einstellungen und Handlungsdispositionen wie Verantwortungsübernahme, Engagementbereitschaft, Bereitschaft zum Mittun und Mitentscheiden, aber auch, Solidarität und gesellschaftliche Auseinandersetzungen zu führen, ohne auf Gewalt als Mittel zurückzuführen, müssen gestärkt werden. Das ist die zivilgesellschaftliche Logik auf der individuellen Ebene.

Aber dieses wäre nichts und die Förderung und Mobilisierung von Menschen für das Engagement würde verpuffen, wenn nicht auf den darüberliegenden Ebenen auch etwas passiert, zum Beispiel auf der Ebene der Organisationen. Wenn Organisationen in verschiedensten Bereichen der Gesellschaft sich nicht öffnen gegenüber dem Gemeinwesen, gegenüber der Zivilgesellschaft, wenn Organisationen Mittun und Mitentscheiden nicht ermöglichen und eher verhindern, wenn sie keine Leitbilder entwickeln, in denen das möglich ist, in denen Co-Produktionen und Partnerschaften entstehen, dann nützt das Engagement einzelner Personen gar nichts, wird es keine Struktureffekte haben, wird nicht nachhaltig wirken können.

Auch auf der Ebene des Regierens wird es neuer Formen bedürfen, in denen nicht top-down oder über die Mechanismen des Marktes gesteuert wird, sondern wir brauchen offene Verhandlungsformen auf Augenhöhe zwischen gleichberechtigten Partnern. Wir brauchen eine Kooperation gesellschaftlicher Akteure bei der Umsetzung gemeinsamer Vorhaben und Projekte. Die schließt ein, bereits die Ziele dieser Vorhaben gemeinsam zu formulieren und die Partner nicht erst bei der Umsetzung selbst definierter Ziele zu beteiligen.

Wir brauchen auch die Unternehmen, wir brauchen die Wirtschaft als Partner der Engagementpolitik. Auch Unternehmen übernehmen soziale Verantwortung für das Gemeinwesen und auch Unternehmen entwickeln Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Akteuren. Wir haben in Deutschland durchaus eine starke Tradition eines sozialen

Unternehmertums und insofern hat das soziale Engagement der Wirtschaft - sowohl bei Klein- und Mittelbetrieben als auch bei großen Konzernen – eine lange Vorgeschichte. Dennoch würde niemand bestreiten, dass hier weitere Entwicklungen möglich, dass das Spektrum von neuen Formen sozialer Verantwortungsübernahme erweitert und quantitativ ausgebreitet werden können. Wir sind hier auf einem guten Wege, aber wir sind natürlich noch lange nicht am Ziel.

Bei all diesen Vorhaben können wir auf ein starkes Fundament aufbauen, nämlich die Arbeit und die Erfahrungen der Enquete-Kommission. Wenn von einem Quantensprung in der Entwicklung einer Engagementpolitik geredet werden kann, dann ist dies im Hinblick auf den Bericht der Enquete-Kommission gerechtfertigt. Denn es war die Enquete-Kommission, die in einem sehr frühen Stadium dieser Entwicklung dazu eine wichtige Grundlage geliefert hat. Sie hat die Agenda gefestigt, auf der Engagementpolitik seitdem weiterentwickelt worden ist.

Die Wirkungen der Enquete-Kommission reichen weit über den Bericht hinaus. Wer hat schon alle 800 Seiten des Berichtes gelesen – sicher, es gibt einige Anwesende, denen ich das durchaus zutraue. Aber das ist nicht unbedingt notwendig. Was darin niedergelegt ist könnte man vielleicht auf fünf Seiten zusammenfassen. Die Kernaussage lautet: Engagementpolitik ist ein neues Leitbild für die Weiterentwicklung der Gesellschaft unter sich verändernden Rahmenbedingungen.

Über Engagementpolitik und Zivilgesellschaft nachzudenken, heißt auch, über alle anderen Bereiche der Gesellschaft nachzudenken. Wir dürfen unseren Blick nicht auf den Bereich der Zivilgesellschaft verengen und darüber vergessen, dass durch Rahmenbedingungen, die die Wirtschaft setzt, aber auch Rahmenbedingungen, die Politik und Staat setzen, die Grundlagen für Zivilgesellschaft entweder entzogen oder überhaupt erst gelegt werden. Wir wissen inzwischen, dass gerade staatliche Politik auf Voraussetzungen angewiesen ist, wie es Ernst-Wolfgang Böckenförde ja formuliert hat, die der Staat selbst nicht schaffen kann. Dazu gehört auch die Zivilgesellschaft mit ihren spezifischen Werten und Handlungsdispositionen, die demokratische Politik und Verwaltung überhaupt erst ermöglicht, wie Robert D. Putnam am Fall von Italien eindrucksvoll herausgearbeitet hat.

Wir haben ein Rahmenkonzept, wir haben ein Leitbild, wir haben eine umfassende Bestandsaufnahme und wir haben ungefähr 200 Empfehlungen. Wir haben vor allem, und das ist neu in der Geschichte der Enquete-Kommissionen, einen nachhaltigen Erfolg einer Enquete-Kommission, was nicht selbstverständlich ist. Die Enquete-Kommission hat Empfehlungen zur Perpetuierung des eigenen Gegenstandes geschaffen; sie hat das

Handlungsfeld stabilisiert, indem Strukturen gesetzt worden sind. Dazu gehört unter anderem der Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Bundestag sowie das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, um nur diese beiden wichtigen Institutionen zu nennen.

Damit sind zentrale „Sperrklinkeneffekte“ gesetzt worden. Keine neue Bundesregierung kann einfach mit einem Federstrich diesen Stand der Entwicklung zurückdrehen. Falls es versucht würde, gäbe es einen erheblichen Legitimationsbedarf und mit Sicherheit eine lautstarke öffentliche Debatte. Es ist also wichtig, dass Institutionen im Feld der Engagementpolitik gebildet werden. Jeder, der sich damit auskennt, weiß, dass „*institution building*“ eine entscheidende Voraussetzung dafür ist, um ein neues Politikfeld – hier das Feld der Engagementpolitik – zu etablieren.

In dieser Hinsicht gibt es erhebliche Erfolge zu verzeichnen. Wir haben eine bunte Vielfalt von Institutionen wie zum Beispiel Stabsstellen in Landesministerien, Bundes- und Landesnetzwerke, kommunale Netzwerke und viele andere institutionelle Akteure der Engagementpolitik. Diese Vielfalt ist kein Chaos, sondern eine Vielfalt, eine Pluralität von Institutionen und Akteurskonstellationen, die alle an der Weiterentwicklung der Engagementpolitik arbeiten und damit auch den Bestand dieses Themas auf der politischen Agenda sichern helfen. Dies ist keineswegs selbstverständlich. Wer die Entwicklung der letzten Jahrzehnte verfolgt hat, der weiß, dass wir einen riesigen Schritt vorangekommen sind.

Dennoch verstummen keineswegs die kritischen Stimmen, die besagen, wir haben nichts erreicht. Es wird behauptet, nach der Enquete-Kommission wäre nichts Wesentliches passiert. Dieses „Beckmessern“, dieses „Negativsehen“, hilft uns überhaupt nicht weiter. Stattdessen sollten wir darauf aufbauen, was wir geschafft haben und uns fragen, wo wir weiter machen müssen. In welchen Hinsichten sind wir noch nicht zufrieden? Um diese Fragen zu stellen und Wege aufzuzeigen, wie es weitergehen könnte, genau zu diesem Zweck sind wir hier im Nationalen Forum für Engagement und Partizipation zusammen gekommen.

Klar, wir haben natürlich die große Lücke, die große Lücke zwischen Wunsch und Wirklichkeit der Bürgergesellschaft. Die sollte uns aber motivieren zu sagen, welche Schritte wir gehen müssen, um vom Wunsch zur Wirklichkeit zu kommen. Was fehlt, welche Rahmenbedingungen sind noch nicht optimal gestaltet, welche Akteurskonstellationen passen nicht? Wo sind Hemmnisse, wo sind vielleicht auch Akteure, die nicht mitspielen, die wir noch überzeugen müssen? Dieses muss diskutiert werden, um weiter zu kommen.

Seit einigen Monaten hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend einen neuen Stein ins Wasser geworfen, nämlich die Initiative Zivilengagement (IZE), die auch die Basis dafür gelegt hat, was hier heute passiert. Der Staat in Gestalt des Bundesfamilienministeriums sagt „Wir wollen der Engagementpolitik, der Förderung von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement, eine neue politische Relevanz einräumen!“ Das ist alles andere als selbstverständlich. Engagementpolitik war bisher ein ideales Thema für Sonntagsreden, für unverbindliche Erklärungen, die man montags schon wieder vergessen hat.

Diese Initiative kam nicht ganz zufällig. In der Vergangenheit waren sich Politik und Verwaltung oft nicht ganz im Klaren darüber, auf was sie eigentlich bauen können, wenn sie auf die Zivilgesellschaft bauen. Wie verlässlich sind zivilgesellschaftliche Strukturen? Was kann die Zivilgesellschaft, was kann sie nicht? Solche Fragen haben sich der Politik gestellt, und das ist auch nachvollziehbar. Hier müssen wir nachlegen, auch und unter anderem durch entsprechende Forschung, aber auch durch Handlungsstrategien, Strategiebildung im zivilgesellschaftlichen Sektor deutlich machen, worin die Leistungsreserven und die Ressourcen dieses zivilgesellschaftlichen Sektors eigentlich liegen; eines Bereichs also, von dem man ja immer wieder sagt, das wäre der Pudding, den man versucht, an die Wand zu nageln.

Also wann und unter welchen Bedingungen ist Zivilgesellschaft eine belastbare politische Größe? Müssen wir dafür das Engagement in ökonomischen Schattenpreisen verrechnen, ist das der Weg? Oder müssen wir ganz andere Dinge tun? Das ist eine offene Frage, die sehr kontrovers diskutiert wird. Auch das wird uns hier im Rahmen dieses Forums interessieren.

Damit komme ich zu dem eigentlichen Punkt, nämlich das Nationale Forum für Engagement und Partizipation. Ich denke, was hier geschieht, ist absolut neu. Es ist eine Revolution in der Gestaltung von Politik, insofern ist es auch ein zweiter großer Schritt in diesem Feld. Ich selber war im Wasserwerk dabei, 1996. Die, die in Bonn im Wasserwerk damals dabei waren, hätten nie gedacht, dass wir etwas mehr als zehn Jahre später ein solches Nationales Forum haben. Ich glaube, man wäre für verrückt erklärt worden, wenn man dieses behauptet hätte.

Nicht viel anders war es, als wir 2002 den Bericht der Enquete-Kommission vorgelegt haben. Auch damals war uns klar: Nun haben wir viele Empfehlungen formuliert, aber was kommt

jetzt? Und es war befürchtet worden, dass niemand auf uns hört. Am Anfang sah es ja auch so aus. Aber dann kamen die Erfolge, es kamen die Anfragen und das Interesse der Politik an diesem Themenbereich. Natürlich ist das Interesse am Engagement nie selbstlos, aber wir sind ja auch nicht naiv. Es ist kein Fehler, an den Interessen der Akteure anzusetzen. Politik machen bedeutet auch, Bündnispartner zu suchen und Akteure dort abzuholen, wo sie mit ihren Interessen und Sichtweisen stehen. Dabei ist es wichtig, die eigenen Anliegen selbstbewusst einzubringen und andere Akteure für das Anliegen der Zivilgesellschaft zu gewinnen.

Was haben wir vor uns? Wir haben ein Nationales Forum, bestehend aus zehn Dialogforen, in dem über 250 unabhängige Experten aus Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft eine Agenda formulieren werden. Mir ist wichtig zu sagen: was wir hier formulieren, das liegt auch ausschließlich in unserer Verantwortung. Was Politik und Ministerium daraus machen, wird möglicherweise etwas anderes sein. Die Verantwortlichkeiten sind also geteilt und ich halte das für richtig. Wir sollten uns nicht Verantwortung zumuten und anmaßen, die wir nicht haben. Wir sind nicht gewählte Parlamentarier. Wir machen hier Vorschläge, wir entwickeln eine Agenda und wir können nachher genau überprüfen, das haben wir gesagt, und das haben andere daraus gemacht.

Diese Differenz ist uns wichtig, um hier auch nicht Rollen zu vertauschen, Rollen zu verwischen und vor allem auch nicht dem Vorwurf ausgesetzt zu werden, wir würden hier sozusagen instrumentalisiert werden für die Hausaufgaben, die andere machen müssen. Das ist nicht der Fall, sondern wir sehen es als eine riesige Chance, aus der Sicht der Zivilgesellschaft, aber auch aus der Sicht von Wirtschaft und anderen Akteuren, hier beizutragen zu einer engagementpolitischen Agenda der Bundesregierung.

Was hier passiert, ist einmalig. Sie sehen, was hier in diesem Raum los ist; circa 300 Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft haben sich versammelt, um eine engagementpolitische Agenda zu formulieren. Wir haben es geschafft, innerhalb von wenigen Wochen alle oder fast alle - es gibt sicherlich auch Krankheiten und andere Abwesenheiten -, die dazu etwas zu sagen zu haben, hier zu versammeln und in diesen zehn Foren intensiv zu diskutieren. Wir alle sind gespannt, welche Agenda daraus entsteht.

Darüber hinaus haben wir immer wieder betont, dass das, was hier geschieht nur ein Auftakt ist. Wir sind am Ende einer Legislaturperiode. Wir wollen mit diesem Forum anfangen, wir wollen erproben, wie dieses Instrument funktioniert. Sind wir gut? Sind wir gut genug? Machen wir es richtig? Können wir etwas verbessern, um dann in der nächsten

Legislaturperiode, so ist ja auch die Absprache mit dem Bundesfamilienministerium, weiterzumachen. Wir wissen noch nicht, ob und unter welchen politischen Vorzeichen es weitergeht. Entscheidend sind die „Sperrklinken“, um darauf noch mal zurückzukommen. Das hat auch der Staatssekretär deutlich gemacht, es sollen jetzt die „Sperrklinken“ eingezogen werden, um auch politisch die Grundlage für eine Weiterarbeit in der nächsten Legislatur unabhängig von den politischen Mehrheitsverhältnissen zu legen.

Daran können wir mitwirken und ich freue mich auf das, was jetzt passiert. Zu Ihrer Erinnerung sehen Sie hier noch einmal die Themen der zehn Dialogforen. Auch dazu noch ein Kommentar. Natürlich handelt es sich hierbei um pragmatische Kompromisse. Wenn wir jetzt diese zehn Themenbereiche formuliert haben, dann wissen wir, dass damit nicht alle Baustellen der zivilgesellschaftlichen Politikstrategie abgebildet sind. Und wir wissen auch, dass wir manches wichtige Thema irgendwie pragmatisch irgendwo in eine Gruppe einsortiert haben. Das geht nicht anders. Wir haben hier gewisse räumliche und auch sonstige Kapazitätsbeschränkungen, aber ich denke, auch zehn Foren sind und müssen genug sein, um zunächst einmal anzufangen, und wir werden sehen, welche Themen sich bewähren, wo man eventuell noch neue Akzente setzen muss. Im Moment schauen wir, wie weit wir damit kommen, aber wir sind natürlich sehr daran interessiert, Ihre Rückmeldung zu bekommen, auch im Bezug auf die Themensetzung dieser Foren.

Und wir werden dann bereits Anfang Juni, Sie sehen das Tempo, die Ergebnisse dem Bundesministerium vorlegen, um dann den Prozess, den der Staatssekretär angesprochen hat, zu unterfüttern. Es wird also bereits vor der Sommerpause eine erste engagementpolitische Agenda geben, es gibt aber ebenso die feste Absicht, diesen Prozess fortzusetzen.

Damit möchte ich es bewenden lassen. Wir werden jetzt an die Arbeit gehen. Ich möchte mich sehr herzlich bei dem Bundesfamilienministerium bedanken für das Vertrauen, das dem BBE entgegengebracht worden ist. Ich möchte mich natürlich auch bei dem heutigen Gastgeber, Herrn Bundestagsabgeordneten Dr. Michael Bürsch, sehr herzlich bedanken, ein alter Mitstreiter seit den Tagen der Enquete-Kommission im wahrsten Sinne des Wortes. Ich freue mich auch, dass wir hier in diesen Räumlichkeiten arbeiten können, welcher Ort als der Reichstag wäre geeignet, eine engagementpolitische Agenda zu formulieren? Ich möchte es aber auch nicht versäumen, jetzt schon der kleinen Truppe von Überzeugten zu danken, die im BBE an der entsprechenden Stelle wirken. Ansgar Klein ist schon erwähnt worden. Ich will aber auch Andreas Pautzke, Ina Bömelburg, Tobias Quednau und Katrin Janke erwähnen, die sich jetzt schon einige Nächte um die Ohren geschlagen haben.

Ich möchte mich auch für die Mitwirkung aller Anwesenden jetzt schon sehr herzlich bedanken. Und nun können wir anfangen, packen wir's an!